



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 20.06.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 25. Juni 2013, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 13-F-33-0055

Ortsumgehung ‚Fichten‘ anmelden
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.6.2013 -

Jeden Morgen wälzen sich mehr als 35.000 Fahrzeuge durch die Siedlung an den Fichten in Richtung Innenstadt. Am späten Nachmittag wiederholt sich das gleiche Bild stadtauswärts. Die Nauroder Straße in Wiesbaden-Bierstadt ist als Teil der Bundesstraße 455 Autobahnzubringer für die Autobahnen A3 und A66 und dient obendrein vielen Verkehrsteilnehmern als Abkürzungen zwischen der A66 und der A3. Gerade Letzteres führt dazu, dass auch viele LKW diese Strecke zur Einsparung von Mautgebühren benutzen. Abhilfe könnte die geplante Ortsumgehung ‚Fichten‘ bringen. Diese befindet sich zwar seit vielen Jahren im Bundesverkehrswegeplan, dort jedoch offenbar an einer aussichtslosen Position.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) dafür Sorge zu tragen, dass die Ortsumgehung ‚Fichten‘ für die nächsthöhere Stufe "Vordringlicher Bedarf" im Bundesverkehrswegeplan angemeldet wird.
- b) hierfür auf das Land Hessen, das Bundesverkehrsministerium und die Mitglieder des Deutschen Bundestages einzuwirken und die große Bedeutung der Umgehung für die Landeshauptstadt Wiesbaden und im Besonderen für die Bierstadter Bevölkerung herauszustellen.

2. 13-F-33-0057

Verkehrssituation rund um die Lucius D. Clay Kaserne
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 19.6.2013 -

Im Zuge des Umzugs des Hauptquartiers der US-Landstreitkräfte USAREUR von Heidelberg nach Wiesbaden sollen bis 2015 weitere 4.000 US- Angehörige der US-Army in Wiesbaden leben.

Zu deren Unterbringungen werden derzeit die Housing Areas Hainerberg und Aukamm erweitert. Südlich des eigentlichen Airfields, der Lucius D. Clay Kaserne, entsteht ein neues Wohngebiet mit 300 weiteren Wohneinheiten. Auch innerhalb der Lucius D. Clay Kaserne finden umfangreiche Ausbauarbeiten statt, welche wiederum eine Erweiterung der Erschließungsstraßen notwendig machen.

All diese Maßnahmen führen zu einer zusätzlichen Verkehrsbelastung. Insbesondere während der Durchführung von Baumaßnahmen - aktuell der Ausbau der Kreuzung B 455 / K 634 - werden diese unerträglich.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- (1) den aktuellen Stand der Gesamtplanung vorzustellen und zu berichten, welche Maßnahmen sich derzeit in Planung oder Umsetzung befinden,
- (2) zu berichten, welche verkehrlichen Auswirkungen durch die Neustationierungen der US-Soldaten und den Zuzug ihrer Familien zu erwarten sind,
- (3) ob und ggf. wo Folgeinvestitionen in das kommunale Straßenverkehrsnetz notwendig werden,
- (4) bei der Verwaltung der US-Streitkräfte erneut anzufragen, ob und wie durch zusätzliche und verstärkte Busverkehre der MIV-Anteil reduziert werden könnte.

3. 13-F-03-0076

Verkehrliche Auswirkungen des American Headquarters
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.6.2013 -

Anwohner berichten über eine hohe verkehrliche Beanspruchung der Zufahrtsstraßen (insb. Mittelpfad) zum American Headquarter. Diese würde Natur und Anwohner über Gebühr belasten.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- ob ihm die Probleme der hohen verkehrlichen Beanspruchung der Zufahrtsstraßen (insb. Mittelpfad) zum American Headquarter und die daraus resultierenden Belastungen von Natur und Anwohnern bekannt sind.
- ob er Maßnahmen vorsieht, um Abhilfe zu schaffen. Falls ja, welche sind das?

4. 13-F-38-0001

Unterstützung der Mobilitätswoche 2013 vom 16. - 22. September und des Verkehrswendefestes am 15. September 2013
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und LINKE&PIRATEN vom 19.6.2013 -

Wer möchte nicht in einer Stadt mit sauberer Luft und wenig Verkehrslärm leben?

Dieses Ziel kann Schritt für Schritt erreicht werden. Die Einführung einer Stadtbahn und eine kontinuierliche Verbesserung des Radwegenetzes auf der Grundlage eines zu erstellenden Radverkehrsplans sind Beispiele, wie Wiesbaden sich in die richtige Richtung bewegen könnte.

Das Verkehrswendebündnis plant mit verschiedenen Partnern zum Auftakt der Mobilitätswoche am Sonntag, 15. September 2013 ein „Verkehrswendefest“ an der Ringkirche. Dies ist mit großem Aufwand und Kosten verbunden, beispielsweise liegt der Kostenvoranschlag für die Straßensperrung bei 1.300 Euro. Finanzielle und ideelle Unterstützung auch seitens der Stadt Wiesbaden wäre dringend geboten.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

die Europäische Mobilitätswoche mit folgenden Maßnahmen zu unterstützen:

a. Das Verkehrswendefest der Bürgerinitiative JES wird finanziell und ideell unterstützt.

- Insbesondere werden die Kosten für die Straßensperrung übernommen und die Straßenschilder bereitgestellt.

- Das Stadtbahnprojekt wird im Rahmen des Festes vom Dezernat vorgestellt.

- Die Stadt gibt einen nennenswerten Zuschuss zu den Gesamtkosten.

b. Am 15.9. wird parallel zu dem Fest ein autofreier Tag durchgeführt (analog zum „Kölner Sonntag der Nachhaltigkeit“). Anlässlich des autofreien Tages gibt es einen weiteren Probelauf für Elektrobusse mit Publikumsverkehr und ein Angebot für kostenlosen ÖPNV in der Stadt. Die Kosten werden als Marketing-Maßnahme aus OB-HH-Stelle getragen. Im gesperrten Bereich sind nur emissionsarme Fahrzeuge des Umweltverbundes erlaubt.

5. 13-F-08-0049

Nahverkehrsplan

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 11.6.2013 -

Der aktuelle Nahverkehrsplan der LH Wiesbaden wurde in 2008 verabschiedet. Laut §14 Abs. 8 Satz 2 ÖPNVG Hessen ist spätestens alle fünf Jahre darüber zu entscheiden, ob ein Nahverkehrsplan neu aufzustellen ist. Nach §6 ÖPNVG Hessen sind die lokalen Nahverkehrspläne nach dem Gegenstromprinzip aus den verbundweiten Nahverkehrsplänen zu entwickeln. Nach der Neuerstellung des Regionalen Nahverkehrsplans der RMV müsste jetzt auch der lokale Nahverkehrsplan neu aufgestellt werden.

Nach dem praktischen Scheitern der Regiobahn muss der Busverkehr weiter optimiert werden. Sowohl die Vorschläge aus der standardisierten Bewertung der Regiobahn als auch die Vorschläge der Ortsbeiräte sollten dabei geprüft und wenn möglich berücksichtigt werden. Vor allem bei den Ortsbeiräten wurden in den letzten Jahren etliche Vorschläge zu den Fahrplanwechseln mit dem Hinweis abgelehnt, dass diese erst im nächsten Nahverkehrsplan berücksichtigt werden könnten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

den lokalen Nahverkehrsplan neu aufzustellen.

6. 13-V-51-0024

DL 26/13-4, 24/13-1

Ersatzneubau der Kindertagesstätte Geschwister-Stock-Platz

7. 13-F-03-0034

ANLAGE

Zukunft der Kita liegt am Geschwister Stock Platz

- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 14.5.2013* -

8. 13-F-33-0039

ANLAGE

Vorstellung der Pläne zum Neubau der HSK und der DKD

- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 14.5.2013* -

9. Sauberes Stadtbild

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.5.2013 -

Illegal abgestellte Container z.B. für Altkleidersammlungen sind ein Problem in vielen deutschen Städten, so auch in Wiesbaden. Neben dem Aspekt dass ehrliche Spender getäuscht werden, sammeln sich an diesen Stellen vermehrt Dreck und Unrat.

Oftmals kommt es durch die ‚wild‘ abgestellten Container zu Sichtbehinderungen oder zur Verengung von Gehwegen. So dass die Stadt gehalten ist, hiergegen ein wirkungsvolles Konzept umzusetzen und für ein sauberes Stadtbild zu sorgen. Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss bis nach der Sommerpause ein Konzept zur Bekämpfung von Illegal abgestellten Containern vorzulegen.

Hierbei sollen unter anderem folgende Möglichkeiten mit einbezogen und geprüft werden:

(1) Kontaktaufkleber

Alle Aufsteller von Sammelbehältern müssen gut sichtbare Aufkleber auf den Containern anbringen, aus denen ersichtlich ist, wer für welchen Zweck sammelt. Weiterhin sollen umfängliche Kontaktdaten angegeben werden.

(2) Vignette

Die Stadt vergibt an genehmigte Container eine ‚Vignette‘. Diese ist so anzubringen, dass sowohl für den Bürger, als auch bei Kontrollen durch die Stadt auf einen Blick erkennbar ist, ob es sich um einen legal aufgestellten Container handelt.

Die Vergabe der ‚Vignette‘ soll nach Möglichkeit mit der Kontrolle des Standortes verbunden sein. Hier soll unter anderem geprüft werden, ob der Container eventuell die Sicht beeinträchtigt oder Gehwege zu stark einschränkt.

(3) BVSE Unterstützung

Der Bundesverband für Sekundärstoffe und Entsorgung e.V. (BVSE) bietet Kommunen Hilfe bei der Erstellung von Konzepten dieser Art an. Ideen und Hilfestellungen durch den BVSE e.V. sollen geprüft werden.

10. 13-F-03-0059

ANLAGE

Tauschgeschäft Wäschbachau - Seniorenresidenz Danziger Straße: Wann folgt der "Riesenschritt für die Mainzer Straße"?

- *Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.05.2013* -

11. 13-F-04-0001

ANLAGE

Behindertenparkplätze

- *Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.05.2013* -

12. 13-F-03-0075

Umwandlung der Bertram- / Goebenstraße in Fahrradstraßen

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.6.2013 -

In einer Fahrradstraße sind nur [Radfahrer](#) zugelassen, wenn nicht explizit andere Fahrzeuge erlaubt sind. Die Geschwindigkeit aller Fahrzeuge darf maximal 30 Kilometer pro Stunde betragen. Fahrradfahrer dürfen auch nebeneinander her fahren.

[Rechtsgrundlage](#) ist Nummer 23 zu Zeichen 244.1 in Anlage 2 der [Straßenverkehrsordnung](#). In der [Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung](#) heißt es zur Fahrradstraße: „I. Fahrradstraßen kommen dann in Betracht, wenn der Radverkehr die vorherrschende Verkehrsart ist oder dies alsbald zu erwarten ist. II. Anderer Fahrzeugverkehr als der Radverkehr darf nur ausnahmsweise durch die Anordnung entsprechender Zusatzzeichen zugelassen werden (z.B. Anliegerverkehr). Daher müssen vor der Anordnung die Bedürfnisse des Kraftfahrzeugverkehrs ausreichend berücksichtigt werden (alternative Verkehrsführung).“

Diese Voraussetzungen liegen bei der wichtigen Innenstadt-Verbindung (und Verbindung der Hochschulstandorte) für den Radverkehr Bertramstraße - Goebenstraße vor. Die Straßen sind ohnehin keine Durchgangsstraßen für den Autoverkehr. Die Wohn- und Aufenthaltsqualität des Viertels würde weiter gewinnen.

Inzwischen gibt es in Deutschland mehr als 140 Fahrradstraßen; auch in Wiesbaden wird demnächst die Eleonorenstraße in die erste Fahrradstraße umgewandelt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

die Bertram- und Goebenstraße in Fahrradstraßen umzuwandeln, da sie eine wichtige Achse für den Radverkehr, insbesondere in Bezug auf die Verbindung der Hochschulstandorte, darstellen.

13. 13-V-66-0202

Fahrradstraße Eleonorenstraße

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 25.6.2013. Die Unterlagen werden nachgereicht -

14. 13-F-03-0078

Mauritius-Galerie - Sachstand der Umbauarbeiten
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.6.2013 -

Nachdem Ende Mai bereits eine presseöffentliche Baustellenbegehung in der Mauritiusgalerie stattfand, sollte der Fachausschuss zumindest nachträglich über den derzeitigen Sachstand informiert werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zum aktuellen Sachstand beim Umbau der Mauritiusgalerie zu berichten und hierbei auf folgende Fragen zum gesamten Gebäudekomplex einzugehen:

1. Wie ist der Stand bei den Umbauarbeiten für die Stadtbibliothek/Musikbibliothek und das Medienzentrum?
2. Wie ist der Stand bezüglich des Hotels?
3. Wie ist der Stand bezüglich des Parkhauses?
4. Welche Maßnahmen zur energetischen Sanierung wurden durchgeführt bzw. sind geplant?
5. Wie viele Mieter wohnen noch im Gebäude und wie ist hier der Sachstand bezgl. Baustellenbelästigung und Fortführung oder Kündigung der Mietverhältnisse?
6. Welche Art von Mietern werden für die restlichen Gewerbeflächen gesucht?
7. Ist es denkbar, an diesem zentralen Ort auch die Verbraucherberatung, den Umweltladen und die Klimaschutzagentur mit ihrem Energieberatungsangebot anzusiedeln?

15. 13-F-03-0079

Ergebnisse Scoping-Termin NTB/Aartalbahn
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.6.2013 -

Am 13. März 2013 hat der Ausschuss beschlossen, dass schnellstmöglich ein Scoping-Termin mit ESWE und der NTB, analog zu Planungsverfahren unter Teilnahme aller relevanten Beteiligten, zur Reaktivierung der Aartalbahn stattfinden soll.
Bei diesem Scoping-Termin soll festgelegt werden, welche Unterlagen wann in welchem Umfang und von wem vorgelegt müssen, damit letztendlich die Zahlung der versprochenen eine Million Euro erfolgen kann. Das weitere Vorgehen wird als Projektstruktur mit Meilensteinen zeitlich und strukturell festgelegt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,
zu berichten,

- wann und mit welcher Beteiligung ein Scoping Termin stattgefunden hat, bzw. für wann und mit welcher Beteiligung das Treffen terminiert ist. Gegebenenfalls ist das Ergebnis des Termins darzustellen.

16. 13-F-03-0080

Radapp
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.6.2013 -

Eine Projektgruppe der Privatwirtschaft hat eine App entwickelt mit dem Ziel, Radfahrer in Wiesbaden sichtbar zu machen. Mit der App können die Wege einzelner Radfahrer aufgezeichnet werden. Diese Daten werden übereinandergelegt und heraus kommt eine Karte, die die meistgefahrenen Radwege in Wiesbaden darstellt. Je mehr Radfahrer sich beteiligen desto mehr Daten kommen zusammen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

neuartige Möglichkeiten der Verkehrserfassung (z.B. „Radapp“ von Scholz&Volkmer) zu testen und bei Eignung zu verwenden.

17. 13-F-03-0077

Dauerhafte Absicherung der Demeter-Gärtnerei Sonnenberg
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.6.2013 -

Am 25. April 2013 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat gebeten, eine Lösung für die Demeter-Gärtnerei an der Flandernstraße herbeizuführen, welche sicherstellt, dass die Gärtnerei von den bisherigen Betreibern fortgeführt werden kann.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wurde die Verkaufsausschreibung für das Gärtnereigrundstück seitens der WIM zurückgezogen?
2. Gibt es schon erste Lösungsansätze zur dauerhaften Absicherung des Gärtnereibetriebs und wenn ja, welche?

18. 13-F-08-0050

Denkmaltopographie für die Stadtteile der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 19.6.2013 -

Für die Wiesbadener Innenstadt und Villen gibt es eine Denkmaltopographie, in der die denkmalgeschützten Gebäude und Ensemble erfasst und veröffentlicht sind. Für die übrigen Stadtteile existieren nur so genannte Arbeitslisten, die nicht veröffentlicht sind. Es gibt aber selbstverständlich auch in den Stadtteilen von Frauenstein bis Mainz-Kostheim, von Biebrich bis Sonnenberg nicht wenige Gebäude, die denkmalgeschützt sind. Es wäre sinnvoll für das gesamte Wiesbadener Stadtgebiet möglichst bald eine vollständige Denkmaltopographie zu haben.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

1. Der Magistrat möge sich bei der zuständigen Denkmalbehörde dafür einsetzen, dass möglichst bald eine Denkmaltopographie für die gesamte Landeshauptstadt vorliegt.
2. Der Magistrat möge darlegen, was er zur Erreichung dieses Ziels beitragen kann und möge dem Ausschuss in der zweiten Jahreshälfte 2013 von seinen Bemühungen berichten.

19. 13-V-82-0007

DL 23/13-2 NÖ, 21/13-1 NÖ

Vergabeempfehlung Objektplanungsleistungen Neubau Rhein-Main-Hallen

- Zu diesem Tagesordnungspunkt ist eine nicht öffentliche Beratung vorgesehen -

20. 13-V-61-0030

DL 23/13-5, 21/13-5

Bebauungsplan "Rhein-Main-Hallen" im Ortsbezirk Mitte
- Aufstellungsbeschluss -

21. 13-V-61-0002 **DL 23/13-4, 22/13-1**

Bebauungsplan "Wohnquartier Rheingaupalais" im Ortsbezirk Schierstein
- Satzungsbeschluss

22. 13-V-61-0003 **DL 17/13-1**

Änderungs- und Offenlagebeschluss zur Flächennutzungsplanänderung "Nahversorger
Bierstadter Straße" im Ortsbezirk Südost

23. 13-V-61-0007 **DL 17/13-2**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorger Bierstadter Straße" im Ortsbezirk Südost -
Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

24. 13-V-61-0020 **DL 17/13-3**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorgungszentrum Anne-Frank-
Straße/Goerdelerstraße" im Ortsbezirk Klarenthal
- Satzungsbeschluss -

25. 13-V-61-0021 **DL 26/13-6, 25/13-1**

Bebauungsplan "Östlich der Parkstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg
- Satzungsbeschluss -

26. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **12-F-03-0084** **ANLAGE**

Mit der Aartalbahn zur Landesgartenschau in Bad Schwalbach
- Bericht des Dezernates IV vom 7.5.2013 -

2. **12-F-03-0155** **ANLAGE**

Entwicklung Europaviertel
- Bericht des Dezernates IV vom 14.5.2013 -

3. **12-V-66-0227** **DL 18/13-1**

Borsigstraße: Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestellen Borsigstraße in Wiesbaden-Nordenstadt

4. **13-A-15-0001** **ANLAGE**

Sachstand Car-Sharing
- Schreiben des Oberbürgermeisters vom 6.5.2013 -

5. **13-V-04-0002** **DL 19/13-1**

Fahrplanwechsel am 15.12.2013

6. **13-V-07-0033**

Schließdienst örtlicher Friedhöfe; Anfrage in der Bürgerfragestunde am 13.03.2013

7. **13-V-20-0027** **DL 16/13-2**

Investitionscontrolling 1 Quartal 2013

8. **13-V-20-0032** **DL 16/13-3**

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2013 vorgelegten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

9. **13-V-20-0033** **DL 16/13-4**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2013 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
10. **13-V-52-0004** **DL 16/13-7**
Taanushalle Nordenstadt, Prüfauftrag für weitere Hallenfläche
11. **13-V-52-0006** **DL 16/13-8**
Neubau Sporthalle Turnverein Kostheim
12. **13-V-63-0005** **DL 23/13-6, 21/13-6**
Bauvoranfrage - Umbau der 2-geschossigen Tiefgarage (394 Stellplätze), Neubau 3 Bürogebäude und 7 oberirdische Stellplätze, Wiesbaden, Gustav-Stresemann-Ring 7-9
13. **13-V-66-0203** **DL 18/13-9**
Klingenbachstraße - Bushaltestelle Erlenstraße in Wiesbaden-Breckenheim
14. **13-V-66-0212** **DL 23/13-7, 21/13-7**
Am Schloßberg - Ordnung des ruhenden Verkehrs, Wiesbaden-Sonnenberg
15. **13-V-66-0215** **DL 19/13-7**
Berliner Straße: Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle "Im Hahn"
16. **13-V-66-0220** **DL 19/13-8**
Parkplatz Nerotal
17. **13-V-66-0221** **DL 20/13-1**
Köhlstraße - Ordnung des ruhenden Verkehrs in Wiesbaden-Erbenheim

18. 13-V-66-0222

DL 16/13-9

Öffentliche Straßenbeleuchtung - Straßenbeleuchtungsanlagen Neu- und Ersatzbeschaffung in Wiesbaden

19. 13-V-66-0225

DL 16/13-10

Östliche Hauptstraße - Einrichtung eines Fußgängerüberweges

20. 13-V-82-0005

DL 19/13-2 NÖ

Übergangskonzept Rhein-Main-Hallen für die Schließungszeit

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender